

# AUSGRENZUNG



Bildquelle: Wikipedia Commons, „Border Austria-Czech Republic (Schrattenberg - Valtice).JPG“, Fotograf: Pudelek (Marcin Szala).

So sollen Grenzen sein. Nicht erkennbar, am besten nicht vorhanden und ohne Ausgrenzung. Gerade in Europa haben wir die Erfahrung gemacht, wie wenig Grenzen eigentlich im Laufe der Geschichte bedeutet haben. Wie oft wurden in der Vergangenheit Grenzen hin und her verschoben. In den meisten Fällen ohne die Menschen zu fragen und zu deren Nachteil. Ein Beispiel für viele ist die Siedlung Kostryschiwka. Wer hier 1917 geboren wurde, war Staatsbürger Österreich-Ungarns im Kronland Bukowina.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs war er rumänischer Staatsbürger (im Kreis Cernăuți) und wurde wegen der Annexion der Nordbukowina am 2. August 1940 zum Sowjetbürger. Von 1941 bis 1944 wieder rumänischer Staatsbürger wäre er im 75. Lebensjahr (1991) dann noch Ukrainer geworden.

Ein solcher Dorfbewohner hätte somit im Laufe seines Lebens fünfmal eine andere Staatsbürgerschaft gehabt, ohne dass er je sein Dorf hätte verlassen müssen. (Red)

**Inhalt**


	Seite
Ausgrenzung	1
Impressum	2
Aktuelles	3
Immer neue Mauern und befestigte Zäune (Karl Helmreich)	4
Unionsrecht vor nationaler Rechtsprechung (Anton Schäfer)	5
Europäische Bildungsarbeit am Puls der Zeit (Marc Germeshausen)	6
Die Kathedrale Europäische Union (Giorgio Anselmi)	7
Ukraine-Krieg und der Internationale Strafgerichtshof (Anton Schäfer)	8
Erhard Busek (Anton Schäfer)	9
Die Ukraine in die EU? (Anton Schäfer)	9
Zukunftskonferenz (Former Members Association)	10
Joszef Lantos (Christa Hofmeister)	15
Ein schwarzer Tag für Europa (Ingeborg Smith)	16
Otto Schmuck (Christa Hofmeister)	17
Vereinsnachrichten (Europa-Forum Bodensee)	18
Europa-Wikipedia	19
Zu guter Letzt (Der neue Rechtsstaatsmechanismus)	20

**Blattlinie:** Die Europastimme ist eine proeuropäische politische – parteipolitisch unabhängige – Zeitung, die sich kritisch mit der Entwicklung in Europa, der Europäischen Union zu einem Europäischen Bundesstaat sowie mit den nationalen und regionalen Entwicklungen und Strömungen innerhalb Europas und der Europäischen Union auseinandersetzt.

**Zitiervorschlag:** Europastimme, Jahrgang, Nummer, Seite.

**Impressum, Offenlegung und Kennzeichnung:**

Die Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist eine Fortführung der Zeitung der Europäischen Föderalistischen Bewegung, Jungen Europäischen Föderalisten und EUROPTIMUS-Vereinigung für europäische Bildung, die 2018 eingestellt wurde, wobei lediglich der Name weitergeführt wird und die grundsätzliche europapolitische Ausrichtung. Ab dem 60. Jahrgang ist die Europastimme auch Vereinszeitung der EuropaUnion Vorarlberg.

Eigentümer, Verleger und Herausgeber der Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist der Edition Europa Verlag, Mag. Dr. Anton Schäfer LL.M. Chefredakteur: Mag. Dr. Anton Schäfer LL.M. Sitz des Verlages und der Redaktion sowie der EuropaUnion Vorarlberg: Forachstraße 74 in 6850 Dornbirn. E-Mail des Verlages: [office@Edition.eu.com](mailto:office@Edition.eu.com). E-Mail-Redaktion: [office@Europastimme.eu](mailto:office@Europastimme.eu). E-Mail EuropaUnion Vorarlberg: [office@EuropaUnion.org](mailto:office@EuropaUnion.org). Hergestellt und gedruckt in 6850 Dornbirn.

Erscheint mindestens 4-mal jährlich als Print- und Online-Ausgabe. Webadresse der Online-Ausgabe: <http://Europastimme.eu>. Einzelheftpreis inkl. USt: 1,60 Euro. Jahresabonnement inkl. Versand im Inland und USt: 15,00. Preisänderung auch unterjährig vorbehalten. Abonnementbestellungen sind jeweils zum Jahresende möglich, wenn diese bis spätestens 30.11. schriftlich beim Verlag eingehen. Preise für das Abonnement und den Versand außerhalb Österreichs auf Anfrage. Erscheinungsort: 6850 Dornbirn. Verlagspostamt: 6850 Dornbirn. Bei zugesendeten Manuskripten behält sich der Verlag bzw. die Redaktion die Kürzung entsprechend des vorhandenen Platzes vor. Der urheberrechtliche Schutz richtet sich gemäß den gesetzlichen Bestimmungen in Europa. Alle Rechte bleiben grundsätzlich vorbehalten. Jeder Teil dieser Zeitschrift darf, soweit die urheberrechtlichen Rechte beim Verlag oder der Redaktion oder beim Herausgeber liegen, unter der Lizenz Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“ (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>) verwendet werden. Bitte beachten Sie: Jede Angabe in dieser Zeitschrift – in Print oder online – erfolgt ohne Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit etc. Dies gilt für eigene Beiträge, Fremdbeiträge als auch für zitierte Beiträge. Eine Haftung des Herausgebers, des Verlages, der Redaktion oder der Autoren wird daher gänzlich ausgeschlossen.

Bei allen personenbezogenen Angaben gilt die gewählte Form für alle Geschlechter.

ISSN: 0014-2727 (print) und ISSN: 2791-402X (online). ZDB-ID: 519113-0 / 2187204-1

P. b. b.



## Europarat entzieht Russland Repräsentationsrechte

In einem bisher einmaligen Schritt hat der Europarat Russland am 25. Februar 2022 wegen des völkerrechtswidrigen militärischen Angriffs auf die Ukraine vorübergehend seine Repräsentationsrechte entzogen. Russland bleibt zwar weiterhin Mitglied im Europarat, das Recht auf Vertretung im Ministerkomitee und

der Parlamentarischen Versammlung wurde jedoch mit sofortiger Wirkung entzogen. Russland ist weiterhin Vertragsstaat – auch der Europäischen Menschenrechtskonvention und der für Russland gewählte Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bleibt im Amt.<sup>1</sup>

## Amerika nach Vorbild der EU

Der Präsident der Vereinigten Mexikanischen Staaten, Andrés Manuel López Obrador, hat bei der Eröffnung des Gipfeltreffens der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños, kurz: CELAC) vorgeschlagen, die CELAC nach dem Vorbild der Europäischen Gemeinschaft umzubauen und ein Handelsabkommen mit den USA und Kanada abzuschließen. Die anwesenden Staats- und Regierungschefs der insgesamt 33 Mitgliedstaaten stimmten dem Vorschlag zu.<sup>2</sup>

Es ist dies nicht der erste Vorschlag, bei dem die Europäische Union bzw. die Europäische Gemeinschaft als Vorbild für die engere Zusammenarbeit in Süd- und Mittelamerika oder auch in Afrika dienen sollte. Bislang sind die Fortschritte in dieser Hinsicht leider auf allen anderen Kontinenten sehr dürftig.

Der Mercosur (Mercado Común del Sur, auch: Mercosul für Mercado Comum do Sul) als „Gemeinsamer Markt Südamerikas“ befindet sich auf dem Weg dazu, hat aber bei Weitem noch nicht die politische Bedeutung der Europäischen Union erlangt. Das gilt auch hinsichtlich der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten.

## Korruption in Österreich

Einer Pressemitteilung des Europarates zufolge, ist in Österreich die Umsetzung der Empfehlungen zur Korruptionsbekämpfung bei Abgeordneten, Richtern und Staatsanwälten immer noch „allgemein unbefriedigend“. Nur zwei der 19 im Jahr 2017 ausgesprochenen Empfehlungen wurden von der österreichischen Regierung in zufriedenstellender Art und Weise umgesetzt. Bezüglich der Gefahr der Korruption bei Abgeordneten hat sich nichts verbessert (etwa bezüglich Transparenz, Verhaltenskodex, Interessenskonflikten).<sup>3</sup> Mit dieser „Nicht-Umsetzungsquote“ von gut 70 Prozent lag Österreich hinter der Türkei (74,2 Prozent) und an vorletzter Stelle der 46 Mitgliedsstaaten des Europarates. Die österreichische Regierung versuchte die schleppende Umsetzung der Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO) Empfehlungen mit den Turbulenzen der Ibiza-Affäre (Mai 2019) und den Neuwahlen zu begründen. Dass dies so nicht gelten kann, wurde freilich schnell klar: Die Empfehlungen lagen bereits im Oktober 2016 vor. Dass die Regierung auch in andere Hinsicht leider bereit war, neue Problemfelder zu eröffnen, zeigt, dass die Ausgaben für Insetrate des Bundeskanzleramtes von 2019 auf 2020 um gut 1440 Prozent stiegen.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> <https://www.coe.int/de/web/portal/-/council-of-europe-suspends-russia-s-rights-of-representation>

<sup>2</sup> Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ), Nr. 1/22, S. 126 f.

<sup>3</sup> <https://orf.at/stories/3203643> und <https://orf.at/stories/3203418> und <https://uvsvereinigung.wordpress.com/2021/03/02/greco-kritisiert-osterreich-im-kampf-gegen-die-korruption> und <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2094595-Korruptionsbekaempfer-des->

[Europarates-ruegen-Oesterreich.html](#) und <https://www.euronews.com/2021/03/01/austria-has-failed-in-fight-against-corruption-says-council-of-europe> und <https://uvsvereinigung.wordpress.com/2021/04/19/korruptionsbekaempfung-oesterreich-zaehlt-zu-den-schlusslichtern-in-europa>

<sup>4</sup> Rundfunk- und Telekom Regulierungs-GmbH anhand der Medientransparenzmeldungen nach § 2 MedKF-TG, Stand 16.4.2021.

# Immer neue Mauern und befestigte Zäune

## Der irregeleitete Traum von Sicherheit

(Karl Helmreich)

Groß war die Freude über den Fall der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhangs 1989, über neu mögliche nachbarschaftliche Begegnung. Aber schon 1993 wurde in Ceuta (einer spanischen Enklave in Nordafrika) ein neuer Zaun errichtet.

Als großer Fortschritt wurde das Schengen-Abkommen gefeiert, das Österreich im Dezember 1997 unterzeichnete, mit dem der freie Personenverkehr, freie Warenverkehr, freie Dienstleistungsverkehr und der Kapitalverkehr innerhalb der EU erleichtert wird.

Nach dem Terroranschlag in den USA 2001 sind Grenzbefestigungen schlagartig wieder mehr geworden und abermals 2015 nach der großen Flüchtlingsbewegung. Gab es 1989 beim Fall der Berliner Mauer weltweit 16 Sperranlagen, sind es inzwischen mehr als 70. Österreich hat einen Grenzzaun Richtung Spielfeld angeschafft und gebunkert, für alle Fälle – Kosten 500.000 Euro.

Der damalige Bundeskanzler Kurz hat immer wieder stolz darauf hingewiesen, dass er die Balkanroute geschlossen habe, welche Auswirkungen das auf die Flüchtenden hatte und hat, berührte ihn nicht.

Immer drängender wurde der Ruf, nach der Sicherung der EU Außengrenze, das erhöhte den Druck auf die Staaten, die die Außengrenze der EU bilden, umso mehr, als es zu keiner Einigung über die Verteilung der Geflüchteten kam. Sukzessive begannen die Binnenländer der EU wieder ihre Grenzen selbst zu „schützen“ und Zäune zu errichten.

Die Grenzschutzagentur Frontex wurde gegründet und stetig ausgebaut.

Neuankommende Flüchtlinge werden jetzt auf Inseln in befestigten Lagern festgehalten, das Asylrecht erodiert zusehends.

Die Türkei hat zwei lange Grenzzaunanlagen gebaut, eine Richtung Syrien und eine Richtung

Iran und versorgt in Übereinkunft mit der EU und von ihr finanziert Millionen von Geflüchteten.

Es ist nicht möglich, hier auf alle neuen Grenzbefestigungen einzugehen – erwähnt werden muss jedoch die Metallbarriere zwischen Mexiko und den USA, die den Strom der Armutsflüchtlinge aus lateinamerikanischen Ländern und Mexiko abhalten soll.

Und genannt werden muss auch die neun Meter hohe Mauer in Israel, die israelische Bewohner vor den Palästinensern schützen soll, deren Territorium sie seit 1967 besetzt halten. Zudem unterhält Israel einen hochbefestigten Zaun an der Sinai-Grenze. Österreichische Spitzenpolitiker reisten nach Israel, um sich dessen technische Feinheiten zeigen zu lassen.

Verweisen möchte ich auf das Buch von Steffen Mau „Sortiermaschinen – Die Neuerfindung der Grenze im 21. Jahrhundert“, erschienen im C. H. Beck Verlag.

Heute sollen Grenzen die kosmopolitischen Touristen, die Geschäftsreisenden und die Reichen von Armen, Flüchtlingen trennen und Letztere ausschließen. Noch bevor jemand z. B. ein Flugzeug besteigen darf, wirken Filter. Das heißt, Bewegung über viele Grenzen hinweg gibt es nur für eine ganz kleine Globalisierungselite.

Noch einen Aspekt von Mauern möchte ich erwähnen: Sie machen den anderen jenseits der Mauer unsichtbar und damit jenen, den man als verdächtig wähnt, dem man misstrauen muss, auch dessen Leid man nicht mit ansehen, von diesem Anblick man verschont bleiben will. Aktuell etwa der Grenzzaun von Polen nach Belarus: Niemand darf hin, um die Tragödie nicht zu sehen. Es gäbe noch andere Beispiele, die israelische Ärztin und Menschenrechtlerin Ruchama Marton hat dazu geschrieben.

Nicht eingegangen wurde hier auf die Frage, warum so viele Menschen Getriebene sind, auf der Suche nach einem Ort, an dem man menschlich leben kann.

Was ist da in den letzten Jahren für eine Welt entstanden, die für so viele nicht mehr lebenswert ist, nicht die einfachste Existenz ermöglicht, eine Zukunft eröffnet?

Mauern sind nicht das, was sie symbolisieren wollen, sie bringen weder Macht noch Sicherheit.

Gegen die Ausbeutung und Devastierung immer größerer Teile der Welt sind diese unglaublich teuren und aufwendigen Mauern und Zäune kein Gegenmittel, schon gar nicht ein Heilmittel.

**Zum Autor:** Den Niederösterreicher Karl Helmreich (\* 1939) hat Ungerechtigkeit immer bewegt. Er ist seit Jahren unbequem und sucht denen zu helfen, die keine Stimme haben. Er ist Pazifist, Autor, Diplomierter Sozialarbeiter, Ordensmann (Benediktiner im Stift Melk) sowie Kirchenkritiker und verfügt über eine Zusatzausbildung als Lebensberater mit dem Schwerpunkt Sexualberatung. Was er nicht kann: ausschließlich nach der benediktinischen Lebensdevise: „Ora et labora“ zu leben. Seit 16 Jahren begleitet er Insassen in Sonderhaftanstalten und kritisiert den Maßnahmenvollzug als eine Konstruktion, die es dem Staat ermöglicht, Menschen mit psychischen Problemen unbeschränkt wegzusperren. Hilfe oder Resozialisierung stehen da nicht an erster Stelle. Folglich bezeichnet Helmreich den Maßnahmenvollzug auch als staatliche psychische Folter. Denn die Betroffenen leben jahre- bzw. jahrzehntelang in Abhängigkeit von Gutachtern, in der Ungewissheit, ob sie noch zwei Jahre oder zehn Jahre weggesperrt werden. Weil er unbequem ist und weil der Staat mit Unbequemem nicht umgehen kann, hat er z. B. Hausverbot in der Justizanstalt Mittersteig im 5. Wiener Bezirk. Viele Jahre war Helmreich in der Flüchtlingsarbeit und Unterstützung von Minderheiten engagiert (u. a. im Kosovo). Er ist Autor und Herausgeber der „Rundbriefe“ des Vereins Netzwerk zur Unterstützung von Insassen in Sonderhaftanstalten. Die „Rundbriefe“ werden leider im Juni 2022 eingestellt.

## Unionsrecht vor nationaler Rechtsprechung

(Anton Schäfer)

In einer bahnbrechenden Entscheidung hat der EuGH am 22. Februar 2022 in der Rs. C-430/21<sup>1</sup> festgestellt, dass rumänische Gerichte die Rechtsprechung auch des Verfassungsgerichts (Curtea Constituțională) außer Acht lassen müssen (!), wenn sie aufgrund dieser Rechtsprechung daran gehindert werden oder würden, von ihrer Vorlagebefugnis nach Artikel 267 AEUV Gebrauch zu machen.

Nach rumänischem Recht sind ordentliche Gerichte an die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts gebunden und auch an dessen Feststellung, dass eine nationale Regelung unionsrechtskonform ist. Falls sie dem EuGH dennoch eine Vorlagefrage vorlegen, drohen den Akteuren Disziplinarverfahren und eine etwaige Suspendierung von ihren Ämtern, da die Nichtbeachtung einer Entscheidung der Curtea

Constituțională nach rumänischem Recht ein Disziplinarvergehen darstellt.

Diese Rechtsansicht des Verfassungsgerichts in Rumänien verstößt nach dem EuGH gegen Artikel 19 (1) UAbs. 2 EUV in Verbindung mit Artikeln 2, 4 (2), (3), 267 AEUV und dem Grundsatz des Vorrangs des Unionsrechts.

Nationale Gerichte können nur dann unabhängig handeln (Artikel 19 [1] UAbs. 2 EUV), wenn ihnen durch solche nationale Vorgaben nicht ihre Handlungsfreiheit genommen wird. Im Widerspruch zum Unionsrecht stehende nationale Vorschriften müssen zwingend unangewendet bleiben. Wird nationalen Gerichten diese Möglichkeit genommen, ist ihre Unabhängigkeit beeinträchtigt und eine solche Rechtsprechung ist selbst unionsrechtswidrig.

<sup>1</sup> <https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=254384&pageIdex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=684931>

## Europäische Bildungsarbeit am Puls der Zeit

(Marc Germeshausen)

Seit nun schon 57 Jahren ist das Europahaus Klagenfurt treibende Kraft, um den Bürgerinnen und Bürgern Informationen über Europa und die Europäische Union bereitzustellen. Ein besonderes Augenmerk legt der Verein auf die Jugend – mit dem Anliegen, ein ehrliches und für sie nachvollziehbares Bild von Europa zu vermitteln. Mit den Wanderausstellungen „EUROPA #wasistjetzt“ und „Wachsen in Europa“ gelingt dieses Vorhaben sehr gut und trägt dazu bei, die Bewusstseinsbildung der jungen Generation rund um das Thema Europa und die EU zu forcieren. Zu diesem Zwecke ist das Europahaus Klagenfurt regelmäßig in den Schulen und führt begleitend zu den Wanderausstellungen Workshops durch, die mit Freude angenommen werden.

Gemeinsam mit der EU-Koordinationsstelle des Landes Kärnten repräsentiert der Verein Europahaus Klagenfurt EUROPE DIRECT Kärnten. EUROPE DIRECT ist das Netzwerk der europäischen Kommission in den Mitgliedsländern; im Europahaus trägt es zu einer größeren europäischen Dimension bei.

Auch Workshops für die allgemeine Bevölkerung werden vom Verein erfolgreich angeboten und durchgeführt. Gemeinsam mit der Gesellschaft für Politische Bildung bietet das Europahaus Seminare zu aktuellen Themen wie „Ich oder Wir? Kollektive Identität im Europa der Regionen“ oder „Krisenmanagement der EU – Gelungen oder gescheitert?“ an, erreicht damit zahlreiche Bürgerinnen und Bürger und leistet wertvolle Aufklärungsarbeit.

Die Arbeit des Europahauses Klagenfurt wird durch die jährliche Aufnahme einer/eines Freiwilligen über das Europäische Solidaritätskorps unterstützt. Durch die Vielfältigkeit des Aufgabengebiets ist es ihm/ihr möglich, sich bei zahlreichen Projekten einzubringen bzw. selbst Projekte durchzuführen. Insbesondere ist der/die Freiwillige für die Arbeit im Bereich Social Media tätig. Für das Stammteam ist der

interkulturelle Austausch stets eine Bereicherung und eröffnet neue Perspektiven.

Vor Kurzem konnte das Europahaus Klagenfurt Teil einer renommierten Expertenrunde zum EU-Bürgerdialog zur Zukunft Europas sein. Dort wurde unter anderem die Frage „Was bringt Europa den Kärntnerinnen und Kärntnern?“ diskutiert. Die geladenen Expertinnen und Experten Peter Kaiser, Landeshauptmann Kärnten (SPÖ), Sara Schaar, Landesrätin/Kärntner Landesregierung (SPÖ), Adina Hoffmann-Reumüller, Stv. Leiterin Presse & Kommunikation/Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Karoline Turnscek, Bürgermeisterin und Tourismusobfrau der Gemeinde Weißensee, und Marc Germeshausen, Geschäftsführer von Europahaus Klagenfurt und Manager von EUROPE DIRECT Kärnten beantworteten weitere Fragen zum europäischen Green Deal und zum EU-Aufbauplan – auch „NextGenerationEU“ genannt. Benedikt Weingartner moderierte die Veranstaltung.

Als weiteres Highlight im Angebot des Vereins kann der Alpen-Adria-Steuerberatungssprechtag genannt werden. Dieses Bürgerservice für die 8468 in Klagenfurt lebenden Italiener, Slowenen, Kroaten, Bosnier und Serben wurde von Vizebürgermeister Alois Dolinar als Europareferenten gemeinsam mit dem Verein Europahaus ins Leben gerufen. Johann Picej von der Alpen-Adria Steuerberatung bietet seine Dienstleistung in Form einer 15-minütigen Erstberatung jeden letzten Donnerstag im Monat kostenlos im Europahaus Klagenfurt an.

Zentral sind außerdem Weiterbildungen und Trainingskurse mit Europas Jugend im Rahmen von Erasmus+ Jugend. Jährlich veranstaltet der Verein einen Trainingskurs zu aktuellen Themen wie beispielsweise „Support and Employment post Covid“ oder „Humour is Serious Business“ und bildet europaweit Fachkräfte der Jugendarbeit fort.

Im Fokus der Vereinsarbeit stehen vor allem Kärntens Europa-GemeinderätInnen. Das Europahaus unterstützt die Initiative des Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) „Europa fängt in der Gemeinde an“, beliefert Europa-GemeinderätInnen mit EU-Informationen aus erster Hand und bietet ihnen auch Trainings und Weiterbildungen an.

Der Verein Europahaus Klagenfurt ist stolz darauf, schon seit so vielen Jahren Aufklärungsarbeit für Europa zu leisten. Dafür wurden dem Verein unter anderem 2014 vom Forum Velden der „Europäus“ und 2020 vom Landeshauptmann Peter Kaiser das „Kärntner Landeswappen“ verliehen. Diese Auszeichnungen ehren den Verein besonders und motivieren ihn dazu, seine Arbeit weiterzuführen.



Foto: Martin Schlemitz

**Zum Autor:** Marc Germeshausen (\* 1990) leitet das Europahaus in Klagenfurt (als Nachfolger von Manfred Wallner), EUROPE DIRECT Kärnten (seit 2018) und die Europäische Föderalistische Bewegung (Landesverband Kärnten) und ist im Federal Committee bei der Union Europäischer Föderalisten (UEF). Der überzeugte Europäer nahm schon als 15-Jähriger an einem EU-Projekt teil und absolvierte später den Europäischen Freiwilligendienst in Irland.

Germeshausen ist Mitautor von „Ohne Grenzen : eine historische Spurensuche in einer ‚Grenzregion‘ = Brez meja = Senza confini“ und hat 2017 seine Masterarbeit „Altruistic motivation as power for social entrepreneurship“ an der Alpen-Adria-Universität in Klagenfurt abgeschlossen.

## Die Kathedrale Europäische Union

(Giorgio Anselmi)

Wenn ich mich recht erinnere, war es Roy Jenkins, der einzige englische Präsident der Europäischen Kommission, der den europäischen Aufbau mit dem Bau mittelalterlicher Kathedralen verglich: Deren Errichtung dauerte so lange, dass diejenigen, die das Fundament legten, das Dach nie zu sehen bekamen. Jetzt, da ich alle nationalen Ämter in der Union Europäischer Föderalisten (UEF) Italien aufgegeben habe, kann ich eine Bilanz dieser jahrzehntelangen Kämpfe für die föderale Einheit Europas ziehen.

Im Jahre 1979 begann ich meine politische Tätigkeit anlässlich eines der großen Schritte, die die Geschichte der Integration kennzeichnen: der Direktwahl des Europäischen Parlaments durch allgemeine Wahlen. Es ist sicherlich kein Zufall, dass nach diesen Wahlen ein beinahe permanenter Reformprozess begann, der durch die Unterzeichnung einer Reihe neuer Verträge zu einer Revision des institutionellen Gefüges führte. Der Fall der Berliner Mauer und das Ende der UdSSR bewirkten einen weiteren großen Schritt nach vorn: der Schaffung der

Währungsunion in einem schrittweisen Prozess, der am Ende des Jahrtausends mit der Einführung des Euro durch 11 (heute 19) Länder abgeschlossen wurde.

Nach diesem Erfolg begann das neue Jahrtausend mit der Aussicht, die Union mit einem Verfassungstext auszustatten. Das negative Votum der Referenden in Frankreich und in den Niederlanden mündete im weniger ehrgeizigen Vertrag von Lissabon, der viele der vom Konvent unter dem Vorsitz von Giscard d'Estaing eingeführten Neuerungen enthält. Das Ergebnis dieser beiden Referenden hatte jedoch auch zur Folge, dass die Regierungen sehr zögerlich waren, diese Verträge zu revidieren. Es war somit fast unvermeidlich, dass der wirtschaftliche und finanzielle Sturm in den Vereinigten Staaten eine Staatsschuldenkrise in Europa auslösen würde, die nur mit ganz und gar unzureichenden zwischen-staatlichen Instrumenten zu bekämpft war. Das wachsende Misstrauen zwischen den Regierungen und der Vormarsch der national-populistischen Kräfte waren die Früchte dieser Zeit.

Es bedurfte eines symmetrischen Schocks, wie er durch die Pandemie und den anschließenden Einbruch der Wirtschaftstätigkeit verursacht wurde, um die europäische Lokomotive wieder in Gang zu bringen. Bei dieser Gelegenheit haben die europäischen Institutionen innerhalb von drei Monaten ein Programm zur Wiederbelebung der EU unter dem Namen „NextGenerationEU“ verabschiedet, das mit alten Tabus bricht und ein konkretes Zeichen der europäischen Solidarität setzt.

Jetzt geht es darum, die Maßnahmen, die als konjunkturell und zeitlich begrenzt gedacht

waren, strukturell und dauerhaft zu gestalten. Das andere große Kapitel, mit dem sich die Konferenz über die Zukunft Europas befassen sollte, ist die Außen- und Verteidigungspolitik.

Es ist ganz klar, dass die Europäer ihre Sicherheit nicht länger dem mächtigen amerikanischen Verbündeten anvertrauen können. Es sind die Vereinigten Staaten selbst, die wollen, dass die EU eine wichtigere Rolle spielt, insbesondere in Bereichen, die deren Interessen am stärksten berühren – wie in Russland und den Ländern der Östlichen Partnerschaft, dem Nahen Osten und Afrika.

**Zum Autor:** Prof. Dr. Giorgio Anselmi (\* 1950) war Vorsitzender des Movimento Federalista Europeo (MFE), jener italienischen politischen Vereinigung, die sich für den europäischen Föderalismus einsetzt. Der MFE wurde 1943 in Mailand gegründet; Namen wie Altiero Spinelli, Mario Albertini, Sergio Pistone, Pio Baissero, Lorenzo Marini, Matteo Roncara oder Federico Brunelli sind damit untrennbar verbunden. Viele Jahre war Anselmi Gymnasiallehrer für Philosophie und Geschichte und Mittelschullehrer für Italienisch und Geschichte. Zum europäischen Föderalisten wurde er bereits 1979 und gründete die MFE Verona. Er war Direktor des Instituts für föderalistische Studien Altiero Spinelli, Gründer des Europahauses Verona und von 1999 bis 2009 dessen Sekretär, fungierte als Schatzmeister der MFE Italien und seit 2015 als Präsident der Europäischen Föderalisten Italien. Anselmi hat in zahlreichen Publikationen die europäische Einigung vertreten; viele seiner Schüler konnte er von der Wichtigkeit der europäischen Einigung überzeugen. 20 Mal organisiert er für Schüler und Studenten (insgesamt etwa 1000 junge Teilnehmer) im Europahaus Neumarkt eine Europawoche. Giorgio Anselmi ist ein glühender Europäer und Träger des „Mérite Européen“. Kontakt: [giorgio.anselmi14@gmail.com](mailto:giorgio.anselmi14@gmail.com)



Foto: Christa Hofmeister

## Ukraine-Krieg und der Internationale Strafgerichtshof

(Anton Schäfer)

Die Ukraine hat zwar das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs unterzeichnet, diesen Vertrag aber nicht ratifiziert.

Russland hat die Unterschrift wieder zurückgezogen und mitgeteilt, dass es nicht beabsichtigt, das Statut anzunehmen (ebenso wie Israel, der Sudan und die Vereinigten Staaten von Amerika<sup>1</sup>).

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag (IStGH) will dennoch eine Untersuchung möglicher Kriegsverbrechen in der Ukraine einleiten.<sup>2</sup>

Der Chefankläger Karim A. A. Khan QC teilte mit, dass sowohl die Taten, die vor dem russischen Überfall begangen worden seien

untersucht werden, als auch jene seit dem 24. Februar 2022.

Bereits zuvor hatte der Internationale Strafgerichtshof Vorfälle im Zusammenhang mit der Niederschlagung pro-europäischer Proteste in Kiew 2013 und 2014 untersucht und mutmaßliche Straftaten auf der Krim, die Russland 2014 völkerrechtswidrig annektierte. Ebenso in der Ostukraine, wo Russland pro-russische Rebellen unterstützte.<sup>3</sup>

Dass es zu einer Anklage gegen Vladimir Putin vor dem Internationalen Strafgerichtshof kommt, ist derzeit sehr unwahrscheinlich.

<sup>1</sup> Siehe Anton Schäfer: American Service-Member Protection Act – Die Frage der politischen Macht (<http://abgb.li/aspa.html>).

<sup>2</sup> <https://orf.at/stories/3250628/>

<sup>3</sup> <https://www.icc-cpi.int/Pages/item.aspx?name=20220225-prosecutor-statement-ukraine>

## Die Ukraine in die EU?

Vor dem Europäischen Parlament am 1. März 2022 hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj eindringlich um eine Aufnahme in die Europäische Union gebeten.

EU-Ratspräsident Charles Michel sagte der Ukraine eine Prüfung des Gesuchs um einen EU-Beitritt zu und bezeichnete die russische Aggression gegenüber der Ukraine als „geopolitischen Terrorismus“.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wies darauf hin, dass der EU-Beitritt ein

langer Weg sei und sagte unter anderem auch: „Niemand in diesem Plenarsaal kann daran zweifeln, dass ein Volk, das so mutig für unsere europäischen Werte steht, zu unserer europäischen Familie gehört.“ „Gleichzeitig hält das ukrainische Volk die Fackel der Freiheit stellvertretend für uns alle aufrecht.“ „Lang lebe Europa! Und lang lebe die freie und unabhängige Ukraine!“<sup>1</sup>

## Erhard Busek

(Anton Schäfer)



Bildquelle: Franz Johann Morgenbesser, Wikipedia Commons, Erhard Busek (15314127717).jpg (cropped)

Von einem weiteren großen Europäer müssen wir uns verabschieden: Erhard Busek (\* 25. März 1941, † 13. März 2022) war ein leidenschaftlicher und – was noch viel wichtiger ist – ein kritischer Europäer. Einer, der nicht still war und

auch keiner, der seine Kritik im Elfenbeinturm äußerte, sondern er war bis zuletzt an vorderster Front. Ein in Österreich geborener und aufgewachsener Europäer. Wir wollen uns an ihn hier vor allem als Europäer erinnern, ohne sein vielfältiges Engagement darüber hinaus dadurch geringer zu achten.

Buseks besondere Rolle in Europa zeigte sich unter anderem in der Unterstützung von Dissidenten im damaligen Ostblock bis zur Zeit der Wende 1989. Er war Politiker und ehemaliger Vizekanzler (1991 bis 1995) in Österreich und ab 1995 Vorstandsvorsitzender des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa. Seit 2000 war er Präsident und seit 2012 Ehrenpräsident des Europäischen Forums Alpbach (EFA) und Kuratoriumsmitglied der Initiative A Soul for

Europe.<sup>2</sup> Seit 1996 arbeitete er zudem als Koordinator der Southeast European Cooperative Initiative (SECI); weiters war er Mitglied im Europäischen Rat für Toleranz und Versöhnung. In einer wichtigen europäischen Funktion war er von Jänner 2002 bis Juni 2008 als Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa.

Busek verantwortete zahlreiche Publikationen als Verfasser wie als Herausgeber.

Busek war ein guter Interviewpartner und Kommentator von innen- und europapolitischen Entwicklungen, denn er vertrat eine klare Meinung und stand auch dann dazu, wenn diese sich nicht mit dem Mainstream deckte. Dies führte auch dazu, dass er mitunter gegen seine Partei, die ÖVP, Stellung bezog. Kurz vor seinem Tod kommentierte er noch den Krieg in der Ukraine und meinte in Richtung Europa: „Ein bissl aufwachen tät' uns gut.“

Seit 2002 vergab er, gemeinsam mit Oliver Vujovic von der South East Europe Media Organisation (SEEMO), den „Dr. Erhard Busek SEEMO Award for Better Understanding in South East Europe“.

Erhard Busek selbst erhielt eine Vielzahl an Ehrendoktorate und eine große Zahl an Auszeichnungen.

<sup>1</sup> <https://orf.at/stories/3250200>

<sup>2</sup> Siehe zur Initiative A Soul for Europe auch den Beitrag über Yves Mettler in Europastimme 3-2021, S. 11.

## Zukunftskonferenz

# Unsere Europäische Union – Es ist an der Zeit, Mut zu beweisen, zu handeln und Ergebnisse zu erzielen

(Former Members Association)

*„J’ai toujours pensé que l’Europe se ferait dans les crises, et qu’elle serait la somme des solutions qu’on apporterait à ces crises.“<sup>1</sup>*

Ziel dieses Beitrags<sup>2</sup>, der sich auf die Berichte und Dokumente der Sitzungen vom 22. April, 30. Juni, 12. Oktober und 7. Dezember 2021 sowie auf die reichhaltigen und vielfältigen Beiträge einzelner Mitglieder des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) und der Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) stützt, ist es, innerhalb des VEM und seiner Reflexionsgruppe zur Zukunft Europas einen breiten Konsens für einen Beitrag zur Plenarversammlung der Konferenz zur Zukunft Europas (im Folgenden „Konferenz“) zu erzielen.

In diesen Zeiten der schweren Krise ist es wichtiger denn je, dass die Europäische Union (EU), die sowohl innerhalb als auch außerhalb ihrer Mitgliedstaaten vor Herausforderungen steht, über ihre Zukunft nachdenkt. Ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments, die unter der Schirmherrschaft des VEM zusammenkommen, können aufgrund ihres Fachwissens, ihrer Erfahrung und ihres institutionellen und politischen Gedächtnisses des einzigen Organs der EU, das direkt von den Bürgerinnen und Bürgern der Union gewählt wird, einen besonderen Beitrag leisten.

Die Konferenz bietet eine einmalige Gelegenheit, über die Zukunft der EU nachzudenken und den Dialog darüber in einer offenen und integrativen Weise voranzutreiben.

Wir sind der Meinung, dass sich die Konferenz auf allgemeine Fragen im Zusammenhang mit der europäischen Integration konzentrieren sollte, auf die Art und Weise, wie die EU effizienter werden kann, wie sie ihre Handlungsfähigkeit verbessern und die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger erfüllen kann und wie die Rechtsstaatlichkeit besser geschützt werden kann, ohne dabei die Möglichkeit einer Vertragsänderung auszuschließen. Wir hoffen auch, dass einige interinstitutionellen Fragen, wie z. B. zur Zukunft des so genannten Spitzenkandidaten-Systems, geklärt werden und dass Lehren aus der jüngsten Krise der EU, nämlich der aktuellen COVID19-Pandemie, gezogen werden.

Aber wir müssen mehr tun. Deshalb wollen wir als ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments mutig sein, denn diese Chance für die EU, in der Zukunft ehrgeiziger zu sein, sollte nicht vertan werden.

Angesichts dessen haben wir beschlossen, fünf allgemeine Leitlinien vorzulegen, die die EU bei der Entwicklung ihrer künftigen Politik befolgen sollte.

Darüber hinaus haben wir eine Liste mit zehn konkreten Vorschlägen zusammengestellt in Bezug auf die Richtung, die die EU einschlagen sollte, oder mit anderen Worten, in welchen Bereichen Initiativen ergriffen werden müssen.

<sup>1</sup> Jean Monnet, Mémoires, Paris, Fayard, 1976, S. 488.

<sup>2</sup> Dieser Beitrag des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) zur Konferenz zur Zukunft Europas wird mit freundlicher Genehmigung der Former Members Association (FormerMembers@europarl.europa.eu) vom 10.2.2022 abgedruckt. Der Gesamttext ist in mehreren Sprachen unter: <https://www.formermembers.eu/fma-contribution-proposal-our-european-union-time-to-be-bold-to-act-and-to-deliver-to-the-conference-on-the-future-of-europe/> abrufbar.

## Allgemeine Leitlinien:

1.

In Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union heißt es: „*Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.*“ Um Glaubwürdigkeit sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU zu gewährleisten, sollten die oben definierten Grundwerte und -prinzipien der Union nicht auf bestimmte Politikbereiche beschränkt werden, sondern möglichst durch glaubwürdige und wirksame Durchsetzungsmechanismen bei allen Maßnahmen der EU berücksichtigt werden.

2.

Um die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen, muss der politische Wille vorhanden sein, die EU handlungsfähig zu machen, und zwar sowohl in Bezug auf die Regeln (um eine Blockade zu vermeiden) als auch in Bezug auf die Ressourcen. Dies ist der Schlüssel zum Erfolg der Union; es müssen dabei die Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger mit den notwendigen Instrumenten und Mitteln in den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen verknüpft und so die bedauerliche Kluft zwischen Erwartungen und Ergebnissen sowie zwischen ehrgeizigen Erklärungen und unzureichenden Ergebnissen geschlossen werden. Anstatt über mehr oder weniger Europa zu diskutieren, sollte das Leitprinzip sein, dass die EU das erhält, was sie braucht, um den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger entsprechend handeln zu können.

3.

Alle Instrumente und Mittel, die derzeit in den Verträgen vorgesehen sind, sollten genutzt werden, einschließlich der verschiedenen

Möglichkeiten, die bisher ungenutzt<sup>1</sup> geblieben sind, nicht zuletzt die Möglichkeit einer Vertragsänderung, die stets darauf abzielen sollte, die Rechenschaftspflicht der Organe und das demokratische System der EU weiter zu stärken, insbesondere was die Rolle des Parlaments und die Beschlussfähigkeit des Rates betrifft, wodurch die Möglichkeit eines Vetos für jeden Mitgliedstaat beseitigt würde.

4.

Bei allen von der EU ergriffenen Initiativen sollten die allgemeinen politischen Ziele der EU verfolgt und nicht behindert werden. Anders ausgedrückt: Die Politik der EU sollte wirtschaftliche Interessen (d. h. Wachstum und Wohlstand) mit sozialem Schutz (d. h. Wohlstand und Wohlergehen) in Einklang bringen und so eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft bilden, wobei auch hohe Umwelt- und Klimaschutzstandards zu berücksichtigen sind. Die Abschwächung des Klimawandels und die Anpassung an ihn erweisen sich als globale Herausforderung, die eine umfassende Umstrukturierung unserer Gesellschaft erfordert, um die Einführung nachhaltigerer und integrativerer Modelle zu ermöglichen. Der EU sollten die politischen, rechtlichen und finanziellen Mittel an die Hand gegeben werden, um in diesem Bereich weiterhin führend zu sein.

5.

Die Demokratie in der EU sollte auf allen Ebenen (lokal, regional und national) unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips gestärkt werden und zwar durch eine stärker strukturierte Beteiligung der einzelnen Bürger und der Organisationen der Zivilgesellschaft sowie durch eine stärkere Konzentration auf die Transparenz und Zugänglichkeit der Entscheidungsfindung in der EU. Eine solche Beteiligung soll weder die Rolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente noch den Wahlprozess schwächen. Im Gegenteil: Die partizipative und die repräsentative Demokratie sollten als zwei sich gegenseitig verstärkende Grundsätze verstanden werden. Die Rolle der europäischen politischen Parteien sollte gestärkt werden, insbesondere bei den Wahlen zum Europäischen Parlament.

<sup>1</sup> Kommentare zu noch nicht ausgeschöpften Vertragsartikeln sind enthalten in: Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Februar 2017 zur Verbesserung der Funktionsweise der Europäischen Union durch Ausschöpfung des Potenzials des

Vertrags von Lissabon (ABl. C 252 vom 18.7.2018), <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52017IP0049#>

## Konkrete Vorschläge:

1.

Die derzeitige COVID-19-Pandemie hat uns unter anderem gezeigt, dass es mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, insbesondere in Notsituationen, bedarf. Auf EU-Ebene sollten Mechanismen zur gegenseitigen Unterstützung und kurzfristigen Hilfe im Gesundheitsbereich eingerichtet werden. In dieser Hinsicht sollte die Solidarität, die den sogenannten „Corona-Nationalismus“ der ersten, auf die Mitgliedstaaten ausgerichteten Reaktion überwunden hat, in Verbindung mit den gemeinsamen Erfolgen bei der Bekämpfung der Pandemie als Grundlage für dauerhaftere Lösungen dienen. Mit anderen Worten, die dringendste Frage sollte lauten: Wird die EU besser vorbereitet sein, wenn die nächste größere Katastrophe oder Krise eintritt?<sup>1</sup>

2.

In einer Welt, in der einzelne Mitgliedstaaten nicht mit globalen Supermächten konkurrieren können, die einseitig handeln, sollte eine echte Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU entwickelt werden, indem im Rat häufiger mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt wird (z. B. bei der Verhängung von Sanktionen) und alle Flexibilitätsinstrumente des Vertrags einschließlich der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) genutzt werden, um Blockaden zu vermeiden. Es muss eine gemeinsame und einsatzbereite Verteidigungskapazität entwickelt werden, damit die EU oder ihre Mitgliedstaaten in Not- oder Krisensituationen (z. B. am Flughafen Kabul) reagieren können. Unter diesen Umständen sollte der europäische Pfeiler der Nordatlantischen Allianz (NATO) gestärkt werden.

<sup>1</sup> Siehe den Änderungsantrag, der unter anderem von Elmar Brok während des Konvents zur Zukunft Europas (2001–2003) eingebracht wurde, in dem vorgeschlagen wurde, die „Bekämpfung schwerwiegender grenzüberschreitenden Gefahren für die öffentliche Gesundheit“ als geteilte Zuständigkeit der EU hinzuzufügen, <http://europeanconvention.europa.eu/docs/Treaty/pdf/12/global12.pdf> (S. 11). Siehe auch die Verweise auf die öffentliche Gesundheit als geteilte Zuständigkeit im Abschlussbericht der Arbeitsgruppe XI „Soziales Europa“ (Brüssel, 3. Februar 2003), <http://europeanconvention.europa.eu/pdf/reg/en/03/cv00/cv00516-re01.en03.pdf>), beispielsweise sollte der derzeitige Artikel 152 (Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft [Vertrag von Nizza, konsolidierte Fassung]) erweitert werden, um der Union mehr Befugnisse im Bereich der öffentlichen Gesundheit und in Bezug auf Themen

Das ist es, was die Bürger von der EU erwarten. Es ist nur eine Frage des politischen Willens. Eine Umstellung auf eine Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten würde die Mitgliedstaaten von Vetospielern zu ehrlichen Vermittlern machen, die in der Lage sein sollten, in sensiblen und kritischen Fragen einen Konsens zu erzielen.

3.

Auf der Grundlage der Erfahrungen mit NextGenerationEU sollte die Union in der Lage sein, sich weiterzuentwickeln und über ihre eigenen Ressourcen zu entscheiden, wie auf jeder anderen Regierungsebene auch. Mit anderen Worten: Die EU sollte über fiskalische Autonomie verfügen, d. h. sie sollte in der Lage sein, auf den Finanzmärkten durch die Ausgabe von Anleihen (Kreditaufnahmekapazität) Geld einzunehmen, auch außerhalb der Aufbau- und Resilienzfazilität und EU-weite Steuern im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu erheben.<sup>2</sup> Die Ausweitung der durch NextGenerationEU geschaffenen Instrumente sollte im Rahmen der Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens 2021–2027 erörtert werden.

Eine Rückkehr zu ausgeglichenen nationalen Haushalten könnte mit einer erhöhten Kreditaufnahme auf EU-Ebene einhergehen, um nationale Investitionen zu übernehmen. Ferner sollten diese neuen Schritte in den Verträgen verankert werden. Darüber hinaus sollte die parlamentarische Kontrolle durch das Europäische Parlament nicht nur auf die Ausgaben, sondern auch auf die Einnahmen ausgedehnt werden. Der Gesamthaushalt der EU sollte ihren Ambitionen Rechnung tragen. Man kann weder große Politik machen noch kühn sein, wenn man durch bescheidene Mittel daran gehindert wird.

wie schwerwiegende grenzüberschreitende Bedrohungen, übertragbare Krankheiten, Bioterrorismus und WHO-Übereinkommen zu geben (S. 15).

<sup>2</sup> „If we want this revolutionary package to turn into a true ‚Hamiltonian moment‘ that Europe badly needs, we have to try and keep the momentum, by finding a way to prolong the borrowing capacity beyond the crisis, and to transfer gradually its resources from national budgets relief to EU policies funding.“ („Wenn wir wollen, dass dieses revolutionäre Paket zu einem echten ‚Hamilton’schen Moment‘ wird, den Europa so dringend braucht, müssen wir versuchen, den Schwung beizubehalten, indem wir einen Weg finden, die Anleihekapazität über die Krise hinaus zu verlängern und die Mittel schrittweise unter Entlastung der nationalen Haushalte auf eine Finanzierung der EU-Politik zu übertragen.“) (Alain Lamassoure, 10. November 2021)

4.

Die Digitalisierung sollte alle einbeziehen, niemanden zurücklassen und die Bürgerinnen und Bürger der EU und der Mitgliedstaaten schützen. Die EU sollte bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität, insbesondere aus Drittländern, eine führende Rolle übernehmen. Desinformation und die Verbreitung von Fake News untergraben systematisch unsere Werte und Grundsätze und sollten daher als Verbrechen gegen die Demokratie betrachtet werden. Die EU sollte dazu beitragen, einen sicheren EU-Raum für alle Mitgliedstaaten und auf allen Regierungsebenen zu gewährleisten.

5.

Es besteht Bedarf an mehr europäischer Bildung und Information, insbesondere für die jungen Generationen, vor allem durch die Entwicklung mehrsprachiger und digital zugänglicher pädagogischer Materialien, für alle Bürgerinnen und Bürger über die Geschichte Europas, insbesondere ausgehend von einer transnationalen Perspektive,<sup>1</sup> sowie über die europäische Integration und das demokratische System der EU.

6.

Es sollte mehr für den Schutz der Rechtsstaatlichkeit getan werden, insbesondere im Hinblick auf die derzeitigen Mitgliedstaaten. Die EU kann nicht glaubwürdig hohe Standards und vorbildliches Verhalten von Kandidatenländern einfordern, geschweige denn auf Defizite in Drittländern hinweisen, wenn ihre eigenen Mitgliedstaaten nicht im Einklang mit ihren Grundwerten und Prinzipien handeln. Die EU sollte daher eine Reihe von Instrumenten zur Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit entwickeln und in allen Mitgliedstaaten uneingeschränkt anwenden.

7.

Geopolitische Instabilität, der weltweite Wettbewerb um natürliche Ressourcen, die Abhängigkeit der EU von Energieimporten aus Drittländern und die Auswirkungen der Klimapolitik unterstreichen die Notwendigkeit einer echten Energieunion. Hindernisse für die Integration

des Binnenmarktes sollten beseitigt werden, die nationalen Politiken sollten koordiniert werden und der Bereich der Energie sollte in die Außenpolitik der EU einbezogen werden, um erneuerbare Energiequellen in der EU zu fördern und allen Bürgern und Unternehmen der EU erschwingliche Energie und eine äußerst sichere Energieversorgung zu bieten.

8.

Das System der Spitzenkandidaten sollte durchgesetzt werden, in erster Linie durch das Parlament selbst. Die Zukunft des Systems hängt in erster Linie von der Bereitschaft des Parlaments ab, gegenüber dem Europäischen Rat Stellung zu beziehen. Um das System der Spitzenkandidaten zu stärken, wird die Einführung transnationaler Listen mit einer begrenzten Anzahl von Sitzen erwogen, vorausgesetzt, es werden dadurch keine Mitglieder des Europäischen Parlaments erster und zweiter Klasse geschaffen. Für die Nominierung und die Wahl des Kommissionspräsidenten ist die Anzahl der Sitze der Fraktionen im Parlament ausschlaggebend, wobei alle Mitglieder des Europäischen Parlaments gleich viel zählen. In jedem Fall sollten die Nähe der Mitglieder zu ihren Wählern und die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit den Mitgliedern gestärkt werden.

9.

Als zweite Kammer der EU-Legislative sollte der Rat mehr tun, um seine Beratungen sichtbar und transparent zu machen. Diese Kammer sollte wie ein einziges öffentliches Organ agieren, in dem alle endgültigen Entscheidungen getroffen werden und dessen Sitzungen allen Bürgern offenstehen, ähnlich wie dies beim Parlament der Fall ist.

10.

Es ist eine echte europäische Perspektive für die westlichen Balkanländer erforderlich.<sup>2</sup> Dies ist nur über eine konkrete und detaillierte Roadmap möglich, die von einem strengen Zeitplan begleitet wird. Auf diese Weise würde die Konditionalität auf beiden Seiten gestärkt werden: Die Kandidatenländer wüssten, was sie wann tun müssen, um Mitglied der EU zu

<sup>1</sup> Siehe beispielsweise Haus der europäischen Geschichte, <https://historia-europa.ep.eu/de/missionvision>

<sup>2</sup> Siehe z. B. die Pressemitteilung des EP vom 25. März 2021, [https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-](https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210322IPR00528/fortschrittsberichte-mdepunterstutzen-europaische-zukunft-des-westbalkans)

[room/20210322IPR00528/fortschrittsberichte-mdepunterstutzen-europaische-zukunft-des-westbalkans](https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210322IPR00528/fortschrittsberichte-mdepunterstutzen-europaische-zukunft-des-westbalkans)

werden, während die Mitgliedstaaten ermutigt würden, die vereinbarten Erweiterungsperspektiven einzuhalten und die Integrationsfähigkeit der EU zu stärken, insbesondere in ihren Entscheidungsprozessen.

Dieser Beitrag wurde am 8. Dezember 2021 vom VEM-Verwaltungsausschuss angenommen, der sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt:

- Hans-Gert PÖTTERING, Präsident
- Monica BALDI, Vizepräsidentin
- Jean-Pierre AUDY, Schatzmeister
- Teresa RIERA MADURELL, Ehrensekretärin
- Michael HINDLEY, Mitglied
- Brigitte LANGENHAGEN, Mitglied
- Miguel Angel MARTÍNEZ MARTÍNEZ, Mitglied
- Edward McMILLAN-SCOTT, Mitglied
- Pier Antonio PANZERI, Mitglied
- Manuel PORTO, Mitglied

Basierend auf einem Vorschlag, der am 7. Dezember 2021 von der VEM-Reflexionsgruppe zur Zukunft der Europäischen Union angenommen wurde, der folgende Mitglieder angehören:

Hans-Gert PÖTTERING, Präsident des VEM und ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments (Vorsitzender)

Enrique BARON CRESPO, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und des VEM (Spanien, S&D [1986–2009])

Elmar BROK, früheres MdEP (Deutschland, PPE [1980–2019])

Pat COX, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und des VEM (Irland, ALDE [1989–2004])

Monica FRASSONI, ehemaliges MdEP (Italien, Grüne [1999–2009])

Genowefa GRABOWSKA, ehemaliges MdEP (Polen, SOC [2004–2009])

Zita GURMAI, ehemaliges MdEP (Ungarn, S&D [2004–2014])

Alain LAMASSOURE, früheres MdEP (Frankreich, PPE [1989–1993/1999–2019])

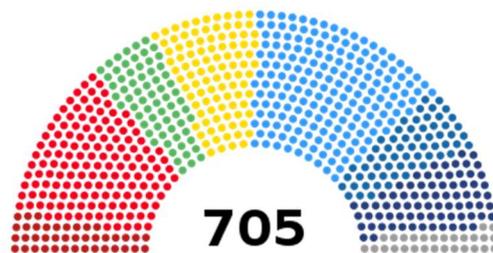
Richard CORBETT, früheres MdEP (Vereinigtes Königreich, S&D [1996–2009/2014–2020] (Beobachter).

In enger Zusammenarbeit mit Professor Steven Van Hecke und Elisabetta Fonck, Generalsekretärin des VEM.



Das Urheberrecht in der Europäischen Union entwickelt sich leider auch mit der Unterstützung des Europäischen Parlaments immer mehr in ein Schutzrecht für große Verlage und die kleinen sowie das freie Wissen werden immer mehr missachtet.

Bildquelle: Wikipedia Commons, „Europäisches Parlament Strassburg – Blackout.jpg“, Fotograf: Felix König.



Sitzverteilung im Europäischen Parlament (Stand 28. Januar 2021)

Bildquelle: Wikipedia Commons, „2020 European Parliament.svg“, Fotograf: RyanW1995.



Plenarsaal des Europäischen Parlaments in Brüssel

Bildquelle: Wikipedia Commons, „20160301 EP-032997A DHO 020 RESIZED S.jpg“, Fotografin: Dominique Hommel.



Gebäude des Europäischen Parlaments in Straßburg

Bildquelle: Wikipedia Commons, „Straßburg Europäisches Parlament vom Münster.jpg“, Fotograf: Zairon.

## OStR. Jozsef Lantos

(Christa Hofmeister<sup>1</sup>)

Unser langjähriger Freund, Jozsef Lantos, geboren am 6. April 1923, ist am 18. Februar 2022 in Pécs friedlich entschlafen.



Foto: Christa Hofmeister

Kontakte und die daraus erwachsene Freundschaft mit Jozsef Lantos haben in der Steiermark und dem südungarischen Komitat Baranya tiefe Spuren hinterlassen. Seine Konzertreisen als Mitglied im Pécs-er Kammerchor in die Steiermark haben wohl zu den ersten Verbindungen geführt, darunter die Begegnung mit Direktor Alfred Petautschnig<sup>2</sup> von der landwirtschaftlichen Fachschule Hatzendorf 1978. Aus dieser Begegnung entwickelte sich zwischen der landwirtschaftlichen Fachschule Hatzendorf und der landwirtschaftlichen Fachschule in Szentlőrinc im Komitat Baranya eine Schulpartnerschaft von einer Nachhaltigkeit, die ihresgleichen sucht – wenngleich zu dieser Zeit Austauschreisen nach Ungarn nicht unbedingt attraktiv waren.

Jozsef Lantos leitete im Komitatsrat Baranya die Abteilung Schulwesen und Kultur und mit Dr. Jozsef Végh in der Komitatsverwaltung wurden die Kontakte in die Steiermark weiter ausgebaut. Ein erster Austausch war verbunden mit einer Skiwoche in der Steiermark, organisiert durch das Bezirksjugendreferat Feldbach unter Max Wratschgo, und einem Gegenbesuch im Komitat Barany im September 1981. Im Rahmen von internationalen Folklore- und Jugendtreffen, konnte man sich im Laufe der Zeit auch bald mit Veranstaltungen zu wirtschaftlichen und politischen Themen näherkommen.

Nach seiner Pensionierung 1983 arbeitete Jozsef Lantos viele Jahre im Pädagogischen Institut Pécs und hatte gute Kontakte zu Minderheitenorganisationen.

Jugendaustausch, Folkloretreffen, Teilnahme an den Europatag-Veranstaltungen in der Steiermark wurden zu Fixpunkten. Jozsef Lantos war ein gern gesehener Referent bei Veranstaltungen der Europäischen Föderalistischen Bewegung, bei den Feldbacher Europagesprächen und besonders beim internationalen Minderheitenseminar im Karl Brunner Europahaus in Neumarkt. Eine große Bereicherung war seine Teilnahme beim Europaseminar für Pädagoginnen und Pädagogen im Bildungshaus Retzhof.

Über seine Initiativen wurden Austauschprogramme mit steirischen Bildungseinrichtungen durchgeführt, die Bildungsanstalt für Elementarpädagogik in Hartberg ist dabei hervorzuheben. Über seine Initiative machte sich auch der „Europäische Schülerwettbewerb – Europa in der Schule“ in den Komitaten Baranya und Tolna breit. Die Wanderausstellung der Preisträgerzeichnungen wurde im gesamten Komitat Baranya wie auch in Tolna präsentiert. Sein Sinn für ein vereintes Europa drängte ihn, auch die Ausstellungen der EFB Steiermark „Freiheitskampf Ungarn, „Die Erweiterung der EU“ und „Schengen“ zu präsentieren. An der Installierung von 30 Schul- und Gemeindeparterschaften war er maßgeblich beteiligt.

An Jozsef Lantos wurde am 23. November 2000 das „Goldene Ehrenzeichen“ der EFB verliehen. Für seine Verdienste um die Zusammenarbeit mit steirischen Pädagoginnen und Pädagogen für das deutschsprachige Schulwesen im südungarischen Komitat Baranya wurde Jozsef Lantos vom Europäischen Erzieherbund/AEDE mit dem „Ehrenzeichen in Silber“ gewürdigt.

Am 9. März 2022 begleitete ich Jozsef Lantos auf seinem letzten Weg.

Max Wratschgo und Christa Hofmeister - im Gedenken an einen Ehrenmann, Europäer und guten Freund.

<sup>1</sup> Zur Autorin siehe Europastimme, Nr. 2/2021, S. 12.

<sup>2</sup> Unser Freund Alfred Petautschnig, Europäer und Visionär, ist am 21. Februar 2022 im 91. Lebensjahr verstorben. Auch ihm werden wir ein ehrendes Gedenken bewahren.

## Ein schwarzer Tag für Europa

(Ingeborg Smith)

Es war ein schwarzer Tag für Europa, für die ganze freie Welt und ihre Menschen!

Wir sind entsetzt und fassungslos über den Angriff Putins auf die Ukraine! Wir verurteilen die Invasion und seinen Angriff auf Frieden und Freiheit in Europa auf das Schärfste. Die zu Putin offen gehaltenen Gesprächskanäle haben sich als Trugschluss und Verrat entpuppt. Wir schließen uns jedem Appell in Richtung Putin an, die Kampfhandlungen sofort zu beenden. Dieser brutale Überfall ist ein erneuter Bruch des Völkerrechts. Doch nach den Erfahrungen der letzten Wochen ist es entsetzlich und lähmend zu wissen, dass diese Appelle wohl nicht gehört und schon gar nicht befolgt werden.

Wir setzen uns mit unserer Arbeit seit vielen Jahren für Frieden und Freiheit in Europa ein. In unseren Reihen sind Mitglieder, die ebenso lange mitgeholfen haben, die Ukraine in ihren freiheitlichen und demokratischen Bestrebungen zu unterstützen. Dies hat bei den jungen Menschen an der Universität begonnen, findet statt auf sozialem und gesundheitlichem Gebiet und führt bis zu wirtschaftlicher Weiterentwicklung des Landes.

Diese Mitglieder haben sich mit ihren ukrainischen Partnern für die Demokratie in der Ukraine und der Welt eingesetzt. Für ihr Engagement wurden sie mit dem „Mérite Européen“ ausgezeichnet. Ihnen und ihren Partnern mit ihren Bestrebungen gilt unsere Hochachtung.

Wir wünschen den Menschen in der Ukraine alles Gute für ihre ungewisse Zukunft, und wir wünschen ihnen die Beendigung dieses Krieges. Wir stehen an der Seite der Menschen in der Ukraine mit unserer Forderung nach Frieden und Freiheit für sie und ihr Land!



Aufschrift an der Friedens- bzw. Freundschaftsbrücke zwischen Bad Radkersburg (Radgona) in Österreich, und Gornja Radgona (Oberradkersburg) in Slowenien (Foto: Anton Schäfer).

**Zur Autorin:** Sie ist Generalsekretärin des Mérite Européen Freundes- und Förderkreis Deutschland e.V. und Mitglied des Verwaltungsrates der Fondation du Mérite Européen Luxembourg. Angefangen hat ihre Arbeit für Europa mit der Teilnahme an einem Seminar der Stiftung Mérite Européen, bei dem sie den Lothringer Francois Visine, Gründer der Fondation du Mérite Européen (Stiftung für Verdienste um Europa), kennenlernte. Seine Vision treibt Ingeborg Smith bis heute an: *„Frieden wäre leichter möglich, wenn man die Menschheit dazu bewegen könnte, unterschiedliche Ideen, Sprachen, Zivilisationen und ethnische Grundsätze und Religionen zu achten.“* Sie besuchte Veranstaltungen und Seminare und lernte weitere Europäer mit Visionen kennen, die sie begeisterten, darunter Jacques Santer, Roman Herzog oder Jean-Claude Juncker. Smith ist sich sicher, dass es keinen Sinn macht, über das zu klagen, was nicht gut sei in Europa. Es geht vielmehr darum, sich über die Notwendigkeit Europas immer wieder zu verständigen und Kompromisse zu suchen. Noch mehr wünscht sie sich jedoch, dass die Menschen aufmerksam werden, hinhören, tolerant bleiben und sich für Frieden, Freiheit und Zusammenhalt in Europa einsetzen. *„Europa ist nicht irgendetwas weit weg von uns, sondern wir alle sind Europa, und das ist leider bei vielen Menschen nicht angekommen“*, meint Smith. Zur Entspannung spielt sie Klavier und genießt Zeit mit ihrer Familie, die ihr sehr wichtig ist und von der sie große Unterstützung erfährt.



## Otto Schmuck

(Christa Hofmeister<sup>1</sup>)



Otto Schmuck (\* 8. August 1953 in Oppenheim/Rhein) . Viele kennen ihn und doch auch

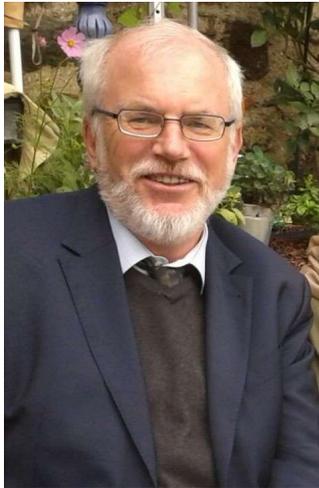


Foto: Christa Hofmeister

wieder nicht. In Österreich bekannt als Mitarbeiter in der EFB, als ständiger Referent im „Karl Brunner Europahaus“ Neumarkt und bei den Feldbacher Europa - Gesprächen, als Autor in der „Europastimme“, auch als Wanderer im Naturpark Grebenzen-Zirbitzkogel. Seine Arbeit geht weit über die genannten Felder hinaus und so soll hier etwas aus seinem Leben als überzeugter und begeisterter Europäer erzählt werden.

Otto Schmuck studierte an den Universitäten in Bonn und Mainz Politikwissenschaften, Germanistik, Pädagogik und Geschichte. Er promovierte 1988 bei Werner Weidenfeld mit der Arbeit „Das Europäische Parlament und die Entwicklungspolitik“. Von 1981 bis 1992 war er am Institut für Europäische Politik in Bonn tätig, zuletzt als dessen stellvertretender Direktor. Er hatte Lehraufträge an der Universität in Mainz (1984–1996) und am College of Europe in Brügge (1989–1994).

Lange Zeit war Schmuck Mitglied im Direktorium des Instituts für Europäische Politik und bis August 2014 Leiter der Europa-Abteilung der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin. Er war Leiter des Arbeitskreises Europa der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz und Mitglied des Stiftungsrates des Europahauses Bad-Marienberg. Er war im Präsidium der Union Europäischer Föderalisten/UEF und der Europa-Union Deutschland, außerdem fungierte er als Sprecher der Arbeitsgruppe Zukunft der EU.

Neben all seiner Tätigkeit stets aktiver Autor, hat er bis dato eine Vielzahl an Büchern und Beiträgen geschrieben oder zeichnete als Mitautor oder Herausgeber – immer mit dem Schwerpunkt Europäische Union.

Die erste Veröffentlichung, die ich finden konnte, entstammte einer Zusammenarbeit mit Wolfgang Wessels. Der Titel „Europa como socio del Tercer Mundo: la Comunidad Europea: una mejor solución de los problemas a través de la acción conjunta“ (1984) erschien auch auf Französisch, Englisch und Deutsch („Europa als Partner der Dritten Welt“). Zuletzt, über 30 Jahre später, publizierte er „Die Europäische Union: Aufgaben, Strukturen und Chancen“ (2018).

Otto Schmuck ist überzeugt: *„Die europäische Idee verbindet die Menschen; die europäische Einigung hat unserem Kontinent mehr als 60 Jahre Frieden gebracht. Europa entsteht ‚von unten‘, durch die Begegnung. Ein Impuls für mein europäisches Bewusstsein war meine Teilnahme als Student an einem Europaseminar mit Jugendlichen aus mehreren europäischen Ländern im Europa-Haus Marienberg. In der Folge habe ich häufig an solchen Treffen teilgenommen, später derartige Veranstaltungen geleitet ...“*

Seine steten Einigungsbestrebungen waren Grund genug, den Europäer Otto Schmuck auszuzeichnen. Selbst bei Philosophien über Wein, wie bei seinen Gitarrenklängen im Karl Brunner Europahaus Neumarkt schwang ‚Europa‘ stets mit. Wir erinnern uns gerne daran, als ihm im Juli 2011 in Neumarkt der „Mérite Européen“ in Silber überreicht wurde. Eine würdige Ehrung seiner vielfältigen europapolitischen Bemühungen und Erfolge.

Otto Schmuck lebt in Deutschland und ist Vorsitzender im Kreisverband Mainz-Bingen der Europa Union Deutschland.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Zur Autorin siehe Europastimme, Nr. 2/2021, S. 12.

<sup>2</sup> Otto Schmuck in der deutschsprachigen Wikipedia: [http://de.wikipedia.org/wiki/Otto\\_Schmuck](http://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Schmuck)

## Europa-Forum Bodensee

(Anton Schäfer)

Am 21. Mai 2022 wird in Bregenz im vorarlberg museum das grenzüberschreitende Europa-Forum Bodensee stattfinden. Die EuropaUnion Vorarlberg und die Jungen Europäischen Föderalisten Österreich laden bereits heute alle Interessierten ein, daran teilzunehmen und sich den Termin vorzumerken.

Die Teilnahme ist kostenlos. Für diejenigen, die nicht vor Ort dabei sein können, wird ein Livestream eingerichtet.

Moderiert wird das Europa-Forum Bodensee von Nana Walzer.

Folgende Beiträge sind geplant:

Der Krieg als Ursache für die Europäischen Union – Nachwirkungen bis heute (Oberst Erwin Fitz)  
Europäisches Jahr der Jugend  
20 Jahre Euro  
50 Jahre Europahymne (Europarat)  
Wikipedia und die Europäische Union (Thomas Planinger von Wikipedia Österreich)  
Was die Europäische Union von Wikipedia bezüglich Bürgerpartition lernen kann  
(Michael Karolzak von Wikipedia Deutschland)  
Neue Europäische Bewegung Schweiz (NEBS) bodenseeraum (Fredy Lüchinger)  
EuropaUnion Deutschland  
Vortrag über das „deutsche“ Rumänien und die EU (Erwin Tigla)  
Ergebnisse der Zukunftskonferenz  
Regionales aktuelles Thema (Gerald Loacker von den NEOS)  
Kindergrundsicherung in Europa (Erich Fenninger, Volkshilfe)

Beginn: 9:00 Uhr, Ende etwa 17:00 Uhr (Änderungen vorbehalten)

Kontakt: [office@Europaforum-Bodensee.eu](mailto:office@Europaforum-Bodensee.eu) und <http://Europaforum-Bodensee.eu>  
Telefon: 0043 - 664 634 28 58 / FAX: 0043 - 5572 22 20 14  
EuropaUnion Vorarlberg, Montfortstraße 21, 6850 Dornbirn.



## Europa-Wikipedia



In diesem Europa-Wikipedia sollen mit wenigen Sätzen Begriffe erklärt und Interessantes dargestellt werden. Vorbild ist die freie gemeinnützige Internet-Enzyklopädie Wikipedia, die seit dem 15. Jänner 2001 besteht und die heuer somit 20 Jahre alt geworden ist.

### Niedriger Ausländeranteil in Europa

Einen sehr niedrigen Ausländeranteil in Europa hat Ungarn. Lediglich 2 Prozent der Bevölkerung waren 2020 Ausländer (Nicht-Ungarn). Im Vergleich dazu hatte Deutschland 2020 einen Ausländeranteil von 12,7 und Österreich von 17,1 Prozent (2021). Einen ähnlich niedrigen Ausländeranteil wie Ungarn weist z. B. Japan mit 2,3 Prozent auf.<sup>1</sup> Ob es in Ungarn und Japan dieselben Gründe hat, dass nämlich das

Erlernen der Sprache eine wesentliche Hürde für die Migration darstellt, wurde bislang noch nicht untersucht. In Ungarn könnte auch die jahrzehntelang anhaltende – und für liberale Menschen wohl auch abschreckende – Politik von Victor Orban ein wesentlicher Grund dafür sein, dass sich nur wenige Ausländer in Ungarn niederlassen wollen, während umgekehrt viele Ungarn das Land verlassen haben.

### Jean-Monnet-Lehrstuhl

Jean Monnet ist uns als der Hauptinitiator der Europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg im Zusammenhang mit den Europäischen Gemeinschaften bekannt.

Rektoren und Europarechtsexperten europäischer Universitäten bilden den Europäischen Universitätsrat, der im Rahmen des Erasmus+ Programms in einer europaweiten Auswahlentscheidung die Bezeichnung „Jean-Monnet-Lehrstuhl“ vergibt.

Der Titel wird nur an solche wissenschaftlich tätigen Lehrstühle vergeben, die eine starke europäische Ausrichtung in Forschung und Lehre zeigen. Jean-Monnet-Lehrstühle, sie sind mit zusätzlichen finanziellen Mitteln verbunden, gibt es vor allem in den Bereichen Recht, Politik und Wirtschaft.

Inhaber von Jean-Monnet-Lehrstühlen sollten auch freie Lehr- und Lernmaterialien und freie Bildungsangebote anbieten. Jean-Monnet-Lehrstühle sind nicht auf die Europäische Union begrenzt, sondern können von Hochschuleinrichtungen weltweit beantragt werden.

Jean-Monnet-Lehrstühle werden jeweils für drei Jahre vergeben. Pro Studienjahr muss eine Lehrtätigkeit von mindestens 90 Stunden stattfinden; sie soll Vorlesungen, Seminare und Tutorien sowie Fernunterricht umfassen.

Der Inhaber des Lehrstuhles muss über besondere Kenntnisse im entsprechenden Lehrbereich verfügen, ebenso ein möglicher Nachfolger.

Der Antrag für die Genehmigung einer Jean-Monnet-Professur erfolgt über die Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur.<sup>2</sup>



Bildquelle: Europäische Kommission

<sup>1</sup> Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ), Nr. 1/2022, S. 125 f.

<sup>2</sup> <https://erasmus-plus.ec.europa.eu/de/opportunities/organisations/jean-monnet-actions/jean-monnet-lehrstuehle>



## Der neue Rechtsstaatsmechanismus

(Anton Schäfer)

Wir haben darüber schon berichtet:<sup>1</sup> Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat nun eine sehr wichtige Entscheidung dazu gefällt. Es ist rechtens, wenn die Europäische Union Unionsmitgliedstaaten, welche die Rechtsstaatlichkeit missachten, als einer der letzten Schritte EU-Zahlungen kürzt.<sup>2</sup> Dies betrifft aktuell das Vorgehen der Regierungen in Polen und in Ungarn, die seit Jahren meinen, sie können – den europäischen Mindeststandards zum Trotz – gegen die eigene Bevölkerung handeln und den Rechtsstaat aushöhlen. Dies erfolgt z. B. durch Verletzung der Unabhängigkeit der Justiz, der Pressefreiheit, der Schwächung der Stellung der politischen Opposition und von Minderheiten sowie der Unterlassung von Maßnahmen gegen Korruption.

Mit der *Verordnung über die Konditionalität der Rechtsstaatlichkeit*<sup>3</sup> gibt es seit 2020 eine solche Möglichkeit, doch war deren Vereinbarkeit mit dem EU-Vertrag und der Zuständigkeit der EU nicht geklärt und Polen und Ungarn klagten dagegen. Der EuGH entschied, dass Verstöße gegen Rechtsstaatsprinzipien, wie etwa die Gewaltenteilung, sanktioniert werden können, wenn dadurch ein Missbrauch von EU-Geldern droht. Es ist also nicht das Ziel, Verstöße gegen den Rechtsstaat direkt zu ahnden, sondern den Unionshaushalt vor Beeinträchtigungen durch rechtsstaatliche Verstöße zu schützen. Beeinträchtigt ein Unionsmitgliedstaat rechtsstaatliche Grundsätze, so könne dies die finanziellen Interessen der EU schwer beeinträchtigen. Dadurch sei unter Umständen nicht mehr gewährleistet, dass die Ausgaben jenen Zielen entsprechen, welche die EU mit der Finanzierung verfolgt habe.<sup>4</sup> Die

Kommission muss daher bei der Anwendung der Verordnung strenge Regeln beachten.

Das EU-Parlament drängte die EU-Kommission seit Monaten sehr, den Mechanismus als „Hüterin der Verträge“ zu nutzen, doch die Kommission hatte größere Zweifel und wollte auch zunächst Leitlinien zur Anwendung des Mechanismus erarbeiten.

Naturgemäß sehen Polen und Ungarn die Entscheidung des EuGH als „politische“ und gegen sich gerichtet. Viktor Orbán, dem Umfragen zufolge eine empfindliche Wahlschlappe, wenn nicht sogar die Abwahl droht, sieht auch weiterhin bislang – zumindest nach außen – keine Notwendigkeit, seinen Kurs zu verlassen. Anders die polnische Regierung, die wohl mit einem Aufschrei, aber auch recht flexibel reagierte und gleich Signale der Entspannung nach Brüssel sandte. Präsident Andrzej Duda schlug sogar die Auflösung der seit Jahren umstrittenen Disziplinarkammer für Richter vor. Auch legte die polnische Regierung einen Streit mit Tschechien bei, der zuvor bereits den EuGH beschäftigt hatte.



<sup>1</sup> Europastimme, Nr. 2/2021, S. 9–11.

<sup>2</sup> Rs. C-156/21 und C-157/21 vom 16. Februar 2022.

<sup>3</sup> Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092 vom 16. Dezember 2020 mit der eine allgemeine Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union bei Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in einem Mitgliedstaat eingeführt wird.

<sup>4</sup> Der Rechtsstaatsmechanismus im Sinne der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092 sei eine Haushaltsvorschrift, die auf Art. 322 Abs. 1 lit. a AEUV gestützt werden könne. Sie ziele darauf ab, den EU-Haushalt vor Beeinträchtigungen zu schützen. Eine Umgehung des sogenannten Artikel 7 EUV-Verfahrens sei nicht zu befürchten.